Geschäftsverzeichnismr. 632
Urteil Nr. 11/94 vom 27. Januar 1994

URTEIL

In Sachen: Klage auf einstweilige Aufhebung von Artikel 376 des ordentlichen Gesetzes vom 16. Juli 1993 zur Vervollständigung der föderalen Staatsstruktur, erhoben von der Bic Benelux AG.

Der Schiedshof,

zusammengesetzt aus den Vorsitzenden M. Melchior und L. De Grève, und den Richtern K. Blanckaert, L.P. Suetens, H. Boel, L. François, P. Martens, Y. de Wasseige, J. Delruelle, G. De Baets, E. Cerexhe und H. Coremans, unter Assistenz des Kanzlers H. Van der Zwalmen, unter Vorsitz des Vorsitzenden M. Melchior,

verkündet nach Beratung folgendes Urteil:

*

* *

I. *Gegenstand der Klage*

Mit Klageschrift, die dem Hof mit einem am 24. Dezember 1993 bei der Post aufgegebenen Einschreibebrief zugesandt wurde und am 27. Dezember 1993 bei der Kanzlei eingegangen ist, beantragen die Bic Benelux Aktiengesellschaft, mit Gesellschaftssitz in 1030 Brüssel, chaussée de Haecht 55, eingetragen in das Handelsregister Brüssel unter der Nr. 287.455, mit erwähntem Domizil in der Kanzlei von RA E. de Cannart d'Hamale und RA M. Goethals, avenue de la Renaissance 1, Bk. 15, in 1040 Brüssel, die einstweilige Aufhebung von Artikel 376 des ordentlichen Gesetzes vom 16. Juli 1993 zur Vervollständigung der föderalen Staatsstruktur (*Belgisches Staatsblatt* vom 20. Juli 1993).

Mit derselben Klageschrift beantragt die klagende Partei die Nichtigerklärung der genannten Bestimmung.

II. *Verfahren vor dem Hof*

Durch Anordnung vom 27. Dezember 1993 hat der amtierende Vorsitzende gemäß den Artikeln 58 und 59 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Schiedshof die Richter der Besetzung ernannt.

Die referierenden Richter waren der Ansicht, daß die Artikel 71 ff. des genannten Sondergesetzes in diesem Fall nicht anzuwenden seien.

Durch Anordnung vom 4. Januar 1994 hat der Hof die Sitzung hinsichtlich der Klage auf einstweilige Aufhebung auf den 13. Januar 1994 anberaunt.

Die Klage auf Nichtigerklärung, die Klage auf einstweilige Aufhebung und die Terminfestsetzungsanordnung wurden den Parteien notifiziert, die ebenso wie ihre Rechtsanwälte über die Terminfestsetzung informiert wurden; dies erfolgte mit am 5. Januar 1994 bei der Post aufgegebenen Einschreibebriefen, die den Empfängern am 6., 7. und 10. Januar 1994 überreicht wurden.

Auf der Sitzung am 13. Januar 1994

- erschienen

. RA E. de Cannart d'Hamale und RA M. Goethals, in Brüssel zugelassen, für die klagende Partei,

. RA B. Asscherickx, in Brüssel zugelassen, für den Ministerrat,

- haben die Richter P. Martens und G. De Baets Bericht erstattet,

- wurden die vorgenannten Rechtsanwälte angehört,

- wurde die Rechtssache zur Beratung gestellt.

Das Verfahren wurde gemäß den Artikeln 62 ff. des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Schiedshof, die sich auf den Sprachgebrauch vor dem Hof beziehen, geführt.

III. Gegenstand der angefochtenen Bestimmung

Die angefochtene Bestimmung gehört zum ordentlichen Gesetz vom 16. Juli 1993, und zwar zu dessen Buch III, das von den Ökosteuern handelt. Der angefochtene Artikel 376 ist der einzige Artikel von Kapitel III dieses Buches, mit dem Titel: « Die Wegwerfartikel ». Er lautet folgendermaßen:

« § 1. Die nachstehend aufgeführten Wegwerfartikel - mit Ausnahme derjenigen, die für medizinische Zwecke verwendet werden -, die zum Verbrauch vermarktet werden, werden mit einer Ökosteuer gemäß nachstehender Tabelle belegt:

Produkte	Ökosteuer	Ermäßigte Ökosteuer
Wegwerfrasierer	10 Franken	-
Wegwerffotoapparate	300 Franken	100 Franken

§ 2. Was die Wegwerffotoapparate betrifft, werden jene Apparate befreit, für die der Steuerpflichtige den Nachweis erbringt, daß 80 % der Teile aller Wegwerffotoapparate, die er zum Verbrauch vermarktet, bei der Herstellung anderer Fotoapparate desselben Typs wiederverwendet werden.

Die Apparate, für die der Steuerpflichtige den Nachweis erbringt, daß die Teile zu mindestens 80 % wiederverwendet worden sind, werden mit einer ermäßigten Ökosteuer von 100 Franken belegt. »

Die klagende Partei beantragt die Nichtigkeitsklärung und die einstweilige Aufhebung dieser Bestimmung, insofern sie die Wegwerfrasierer betrifft. Die Klage auf Nichtigkeitsklärung und einstweilige Aufhebung beschränkt sich daher auf § 1, insofern er sich auf diese Rasierer bezieht. Die klagende Partei sieht außerdem eine Diskriminierung in der Tatsache, daß die Wegwerfrasierer gegenüber den Wegwerffotoapparaten einer unterschiedlichen Behandlung unterliegen. Daher wird Artikel 376 in seiner Gesamtheit beanstandet.

IV. In rechtlicher Beziehung

- A -

Die Argumentierung der klagenden Partei

A.1. Die angefochtene Bestimmung verstöße gegen den Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz, indem sie vier Diskriminierungen einführe:

- Diskriminierung zwischen den Verkäufern von Wegwerfrasierern und den Verkäufern anderer Güter, die der Ökosteuer unterliegen; die erstgenannten würden einer strengeren Behandlung unterliegen, da für sie keine Möglichkeit bestehe, von der Steuer befreit zu werden, und da der Steuersatz höher liege;

- Diskriminierung zwischen den Verkäufern von Wegwerfrasierern und den Verkäufern anderer Wegwerfartikel, die ihrerseits nicht der Ökosteuer unterliegen;

- Diskriminierung zwischen den Verkäufern von Wegwerfrasierern und den Verkäufern von Wegwerffotoapparaten; im Gegensatz zu den erstgenannten würden die letztgenannten über die Möglichkeit einer Steuerverminderung verfügen, und der Steuersatz liege weniger hoch;

- Diskriminierung zwischen den Verkäufern von Wegwerfrasierern, je nachdem, ob diese Rasierer einen Griff haben oder nicht; der klagenden Partei zufolge sind Wegwerfklingen ebenfalls als Wegwerfrasierer zu betrachten,

allerdings ohne Griff; die Regierung sei nicht dieser Ansicht, da sie diese Klingen nicht der Ökosteuer unterziehe; der klagenden Partei zufolge liegt hier eine Diskriminierung vor.

A.2. Die angefochtene Bestimmung verstoße gegen den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, insofern

- das Verhältnis zwischen der steuerlichen Bestrafung und der tatsächlichen Umweltbelastung angesichts der Höhe der Steuer übertrieben sei;

- die Steuer einen derart prohibitiven Charakter habe, daß sie die Wegwerfrasierer in Wirklichkeit unverkäuflich machen und die klagende Partei vom Markt verdrängen werde;

- es keine echten Ersatzprodukte zu den Wegwerfrasierern gebe, denn das frühere System der Stahlklingen biete nicht den gleichen Komfort und vor allem nicht die gleiche Sicherheit; wenn die Ersatzklingen, die die klagende Partei als Wegwerfrasierer ohne Griff bezeichnet, als solche Ersatzprodukte gelten sollten, wäre eine fehlende Verhältnismäßigkeit zwischen den Unterschieden in der Umweltbelastung und dem Steuervorteil, der letzteren gewährt werde, festzustellen.

A.3. Die angefochtene Bestimmung verstoße schließlich gegen verschiedene Bestimmungen:

- Verstoß gegen Artikel 1 des ersten Zusatzprotokolls zur Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und der Grundfreiheiten (Recht auf Achtung des Eigentums);

- Verstoß gegen Artikel 26 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte (Diskriminierungsverbot);

- Verstoß gegen den Römer Vertrag, und zwar:

. Verstoß gegen Artikel 30 des Vertrags (Verbot mengenmäßiger Einfuhrbeschränkungen und Maßnahmen gleicher Wirkung);

. Verstoß gegen Artikel 95 Absatz 2 des Vertrags (Verbot, auf Waren aus anderen Mitgliedstaaten inländische Abgaben zu erheben, die geeignet sind, andere Produktionen zu schützen);

. Verstoß gegen die Richtlinie vom 28. März 1983 zur Einführung einer Informationsmaßnahme im Bereich der technischen Normen und Vorschriften.

A.4. Zur Unterstützung ihrer Klage auf einstweilige Aufhebung behauptet die klagende Partei, daß ihr ein schwerlich wiedergutzumachender, ernsthafter Nachteil zugefügt werden könne, insofern durch die Ökosteuer der Verkaufspreis für Wegwerfrasierer verdreifacht werde, wodurch diese in Wirklichkeit unverkäuflich würden. Die Ökosteuer komme daher einem Verbot dieser Produkte gleich, das zur Verdrängung der klagenden Partei vom Markt führen werde und für sie eine Gewinneinbuße von etwa 20 Millionen Franken, d.h. ca. 60 % ihres gesamten Jahresgewinns bedeute.

Wenn keine Steuer auf Ersatzklingen erhoben werde, werde die Klägerin völlig und endgültig ihre führende Marktposition zugunsten jener Unternehmen verlieren, die solche Erzeugnisse vertreiben.

- B -

B.1. Laut Artikel 20 1° des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 sind zwei Grundbedingungen zu erfüllen, damit auf einstweilige Aufhebung erkannt werden kann:

- Die vorgebrachten Klagegründe müssen ernsthaft sein.

- Die unmittelbare Durchführung der angefochtenen Rechtsvorschrift muß die Gefahr eines schwerlich wiedergutzumachenden, ernsthaften Nachteils in sich bergen.

Da die beiden Bedingungen kumulativ sind, führt die Feststellung der Nichterfüllung einer dieser Bedingungen zur Zurückweisung der Klage auf einstweilige Aufhebung.

In bezug auf die ernsthafte Beschaffenheit

B.2. Der ernsthafte Klagegrund ist nicht mit dem begründeten Klagegrund zu verwechseln.

Damit ein Klagegrund als ernsthaft im Sinne von Artikel 20 1° des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 betrachtet werden kann, genügt es nicht, wenn er offensichtlich nicht unbegründet im Sinne von Artikel 72 ist; vielmehr muß er auch nach einer ersten Prüfung der Elemente, über die der Hof in diesem Stand des Verfahrens verfügt, begründet erscheinen.

B.3.1. Die erste Gruppe von Klagegründen bezieht sich auf den Verstoß gegen das Gleichheitsprinzip, insofern die angefochtenen Bestimmungen die vier zu A.1 genannten Diskriminierungen einführen würden.

B.3.2. Artikel 369 des angefochtenen Gesetzes bezeichnet die Ökosteuer als eine «den Akzisen gleichgestellte Steuer, mit der ein Verbrauchsartikel belegt wird, weil es für umweltbelastend angesehen wird». Den Vorarbeiten zu den angefochtenen Bestimmungen zufolge besteht der Mechanismus der Ökosteuer darin, «die relativen Preise abzuändern, um Verbraucher und Hersteller in ihren wirtschaftlichen Entscheidungen zu beeinflussen» (Bericht der Finanzkommission, *Parl. Dok.*, Kammer, 1992-1993, Nr. 897/17, S. 7). Die Ökosteuer wird definiert als «jede Steuer, deren Betrag ausreicht, um den Gebrauch oder Verbrauch von umweltbelastenden Produkten bedeutend zu senken und/oder um die Produktions- oder Verbrauchsgewohnheiten auf Produkte zu verlegen, die für die Umwelt und die Aufrechterhaltung der natürlichen Ressourcen akzeptabler sind (*Parl. Dok.*, Kammer, 1992-1993, Nr. 897/1, S. 73).

B.3.3. Der Hof verfügt nicht über eine Bewertungsbefugnis, die mit der einer demokratisch gewählten gesetzgebenden Versammlung vergleichbar wäre. Es ist Aufgabe dieser Versammlungen zu bewerten, ob und in welchem Maße die Sorge um den Schutz der Umwelt rechtfertigt, daß den wirtschaftlichen Entscheidungsträgern Opfer abverlangt werden.

B.3.4. Neue steuerliche Maßnahmen, die darauf abzielen, die Gewohnheiten der Verbraucher abzuändern, um die Umwelt zu schützen, haben notwendigerweise zur Folge, daß diejenigen, die mit Gütern handeln, deren Verschwinden oder zumindest deren Verringerung aus dem Angebot der Gesetzgeber bezweckt, unterschiedlich behandelt werden. Eine Beanstandung dieser Unterschiede kommt einer Beanstandung der Zielsetzung des Gesetzes gleich, da - wenn die Steuer lebensnotwendige Gegenstände wie Rasierer betrifft - der Gesetzgeber durch den Umstand, daß er den Verkauf einer Kategorie von Rasierern hemmt, automatisch den Kauf anderer Rasierer, die seiner Meinung nach weniger umweltbelastend sind, fördert. Angesichts dieses Sachverhalts wird eine Diskriminierung nur dann ernsthaft vorausgesetzt, wenn aus der Klageschrift ausreichend ersichtlich wird, daß die durch dieses Gesetz entstehenden Unterscheidungen willkürlich oder unangemessen sind.

B.3.5. Der Wegwerfrasierer ist ein Gebrauchsgut, für das es nicht unangemessen ist, eine Ökosteuer festzulegen, selbst wenn diese sein Verschwinden vom Markt zur Folge haben könnte. Der Steuersatz, die Möglichkeit, Befreiungen oder Nachlässe zu gewähren, die Bestimmung der Wegwerfartikel, die zuerst besteuert werden sollten - all diese Fragen sind durch den Gesetzgeber zu klären. Die Beschwerde, die sich auf die Frage bezieht, ob im vorliegenden Fall die angefochtenen Maßnahmen in keinem Verhältnis zu der Zielsetzung stehen, entspricht der zweiten Gruppe von Klagegründen und wird gemeinsam mit diesen überprüft werden.

B.4.1. Die zweite Gruppe von Klagegründen bezieht sich auf einen Verstoß gegen den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, im Zusammenhang mit dem überhöhten Steuersatz (150 bis 250 %), dessen prohibitivem Charakter, damit, daß es für die Wegwerfrasierer kein echtes Ersatzprodukt geben soll und daß es ungerecht sein soll, die Ersatzklingen nicht der Ökosteuer zu unterwerfen.

B.4.2. Wenn eine Steuer auf einen Artikel, der der Klägerin zufolge zum Preis von 4 oder 6,50 Franken vertrieben wird, eine hemmende Wirkung zum Ziel hat, muß sie notwendigerweise hoch angesetzt werden. Indem der Gesetzgeber den Steuersatz so festgesetzt hat, daß er eine

« prohibitive Wirkung » hat, hat er eine Maßnahme getroffen, die im Verhältnis zu seiner Zielsetzung steht. Angesichts dieser Zielsetzung erscheint die Höhe der Steuer nicht unverhältnismäßig.

B.4.3. In der Annahme, daß - wie die klagende Partei behauptet - die Rasierer mit getrennten Klingen weder den gleichen Komfort noch die gleiche Sicherheit wie Wegwerfrasierer bieten, sind sie dennoch als Ersatzprodukte für diese Wegwerfrasierer zu betrachten, da sie dem gleichen Zweck dienen.

B.4.4. In bezug auf die angeführte unterschiedliche Behandlung zwischen den Wegwerfrasierern, die der Ökosteuer unterliegen, und den Ersatzklingen, die dieser Steuer nicht unterliegen, wäre es nicht offensichtlich diskriminierend, die Rasierer, die nur einmal benutzt werden, und jene Rasierer, bei denen nur die Ersatzklinge weggeworfen wird, unterschiedlich zu behandeln.

B.5.1. Die dritte Gruppe von Klagegründen bezieht sich schließlich auf einen Verstoß gegen die international- und europarechtlichen Bestimmungen, die zu A.3 angeführt werden.

B.5.2. Der Hof ist nicht zuständig, Klagegründe zu überprüfen, die sich direkt auf einen Verstoß gegen international- oder europarechtliche Bestimmungen beziehen.

B.5.3. In der Annahme, daß die ersten beiden dieser Klagegründe, die sich auf einen Verstoß gegen Bestimmungen internationalen Rechts, in denen das Prinzip der Gleichheit und des Diskriminierungsverbotes verankert ist, beziehen, als implizit mit den Artikeln 6 und 6bis der Verfassung in Verbindung stehend betrachtet werden können, wird nicht ersichtlich, daß sie auf anderen Argumenten beruhen als jenen, die zu B.3.1 bis B.4.4 überprüft wurden.

In bezug auf die Gefahr eines schwerlich wiedergutzumachenden, ernsthaften Nachteils

B.6. Aufgrund der ersten Überprüfung der Elemente, über die der Hof in diesem Stand des Verfahrens verfügt, ist keiner der Klagegründe als ernsthaft im Sinne von Artikel 20 1° des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Schiedshof zu bewerten. Demzufolge ist nicht zu überprüfen, ob die sofortige Anwendung der angefochtenen Bestimmungen einen schwerlich wiedergutzumachenden, ernsthaften Nachteil verursachen kann.

Aus diesen Gründen:

Der Hof

weist die Klage auf einstweilige Aufhebung zurück.

Verkündet in französischer und niederländischer Sprache, gemäß Artikel 65 des Sondergesetzes vom 6. Januar 1989 über den Schiedshof, in der öffentlichen Sitzung vom 27. Januar 1994.

Der Kanzler,

Der Vorsitzende,

(gez.) H. Van der Zwalmen

(gez.) M. Melchior